

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>		
<b>Vorsitzende der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.PARTEI</b> <b>Weiterentwicklung des Jobtickets für die Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
09.03.2023	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Empfehlung
14.03.2023	Personalausschuss	Empfehlung
16.03.2023	Finanzausschuss	Empfehlung
29.03.2023	Bürgerschaft	Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft beauftragt die Oberbürgermeisterin, das Jobticket für die Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe auf Basis des Deutschlandtickets weiter zu entwickeln und dafür den Zuschuss der Arbeitgeber auf mindestens 25 % zu erhöhen.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Warnow (VWV), auf eine Einführung des Jobtickets als Deutschlandticket in allen geeigneten kommunalen Unternehmen hinzuwirken.

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, spätestens zur Bürgerschaftssitzung am 7. Juni 23 über die Umsetzung zu informieren.

### **Sachverhalt:**

Die Bürgerschaft hat sich mit ihrem Beschluss 2018/BV/3885 zur Einführung des Jobtickets und Anträgen bereits mehrfach für ein attraktives Jobticket ausgesprochen.

Die Verwaltung hat zuletzt mit der Informationsvorlage 2022/IV/3151 zur Tarifstrategie die positive Rolle des Jobtickets bestätigt.

Mit der absehbaren Einführung des bundesweit im ÖPNV gültigen Deutschlandtickets (49-EUR-Ticket, geplant ab 1.5.23) ergeben sich veränderte Rahmenbedingungen für das Jobticket.

Bei einem Arbeitgeber-Anteil von mindestens 25 % erfolgt eine Rabattierung von 5 % durch die Tarifgeber. Diese Rabattierung, die durch Bund, Länder und VWV angeboten wird, soll genutzt werden. Ein höherer Rabatt ist aufgrund der bundesweiten Regelungen für das Deutschlandticket nicht möglich. Ein Deutschlandticket mit integrierter Fahrradkarte ist bisher nicht vorgesehen. Der VWV bereitet derzeit aber für das Verbundgebiet ein passendes Ergänzungsticket für die Fahrradmitnahme vor, so dass das Deutschlandticket auch für Mitarbeiter\*innen attraktiv sein wird, denen die Fahrradmitnahme wichtig ist.

Die notwendigen Anpassungen an das Deutschlandticket sollen rechtzeitig vorgenommen werden.

Die wachsende Attraktivität durch den deutschlandweiten Geltungsbereich soll genutzt werden, um weitere Nutzer\*innen für den ÖPNV zu gewinnen:

- als Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der Stadtverwaltung und der kommunalen Unternehmen als Arbeitgeber sowie
- als Beitrag zur Entlastung der Straßen sowie zur Einsparung von Energie und damit zum Klimaschutz.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Die Aufwendungen dürften sich trotz des erhöhten Zuschusses von 10 % auf 25 % nur geringfügig erhöhen.

Der durchschnittliche Zuschuss für die bisher rund 500 Jobtickets in der Kernverwaltung liegt derzeit bereits bei gut 10 EUR/Monat. Mit dem günstigen Deutschland-Ticket für 49 EUR steigt er nur geringfügig auf 12,25 EUR/Monat bei 25 % Zuschuss. Daraus ergeben sich Mehrkosten von rund 10.000 EUR pro Jahr.

Eine gewünschte Ausweitung der Jobticket-Nutzung um z.B. 10 % oder 50 Mitarbeiter\*innen würde zu Mehrkosten von lediglich 7.350 EUR pro Jahr führen. Zudem werden Einsparungen bei Dienstreisekosten in Verwaltung und Unternehmen erwartet.

Die Mehrkosten für die Deutschlandticket-Jobtickets sind im Teilhaushalt 10 bereit zu stellen und durch Einsparungen in diesem Teilhaushalt zu decken.

Thoralf Sens

Uwe Flachsmeyer

Christian Albrecht

### **Anlagen**

Keine